



Barthle-Brief

Nr. 69

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

18.1.2013

Thema der Woche:

Deutschland weiter auf Wachstumskurs **Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht – Stabilitätsanker in Europa**

Gleich zum Jahresbeginn legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat turnusgemäß den Jahreswirtschaftsbericht vor. Gemäß dem Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums und der Wirtschaft (StWG) hat das bis Ende Januar eines jeden Jahres zu geschehen. Die Bundesregierung stellt darin ihre finanz- und wirtschaftspolitische Strategie dar und gibt Wirtschaft, Tarifpartnern und Öffentlichkeit mit einer Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Orientierungsdaten für das laufende Jahr.

Im Jahreswirtschaftsbericht 2013, den Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler in der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr vorstellte, erwartet die Bundesregierung – nach einem schwachen Winterhalbjahr – eine Wiederaufnahme des Wachstumskurses der deutschen Wirtschaft. Wegen der leichten Konjunkturertrübung zu Beginn des Jahres wird die durchschnittliche Wachstumsrate für 2013 mit 0,4 Prozent jedoch etwas geringer als 2012 ausfallen. Dennoch bleibt die deutsche Volkswirtschaft trotz des schwierigen Umfelds auch 2013 auf Wachstumskurs und damit der Stabilitätsanker in Europa.

Nach den Prognosen der Bundesregierung wird aufgrund der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen die konjunkturelle Dynamik vor allem von der Binnennachfrage getragen. Private Konsumausgaben und pri-

vate Wohnungsbauinvestitionen spielen eine entscheidende Rolle.

2012 wurde laut Bericht ein Beschäftigungsrekord erreicht: 41,6 Millionen Menschen waren erwerbstätig. Der Lohnzuwachs betrug im Vorjahr 2,5 Prozent, und das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 0,75 Prozent. Der deutsche Export erreichte eine neue historische Bestmarke und durchbrach so früh wie nie zuvor die Eine-Billionen-Euro-Schallmauer – und dies trotz der rezessionsbedingten Dämpfung der Ausfuhren in den Euroraum.

Nach der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts wird der Beschäftigungsrekord von 2012 im Jahr 2013 noch einmal geringfügig überboten. Die Bundesregierung erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2013 noch einmal um 15.000 Personen zunimmt. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Es wird mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 Prozent gerechnet.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist nicht nur auf die gute konjunkturelle Lage zurückzuführen, sondern auch auf die Arbeitsmarktreformen und die moderaten Lohnabschlüsse. Die Bundesregierung hält an ihrem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fest. Bürger und Unternehmen werden in diesem Jahr um insgesamt annähernd acht Milliarden Euro entlastet.

Mir besonders wichtig: Für 2014 will die Bundesregierung einen Haushalt ohne strukturelles Defizit aufstellen. Das Ziel der Schuldenbremse – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 Prozent des BIP – hält die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Diese gute Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weitere Anstrengungen nötig sind. Über die finanzielle Krisenbewältigungspolitik hinaus dürfen wir nicht die realwirtschaftlichen Reformen vernachlässigen. So ist das zentrale Anliegen der christlich-liberalen Koalition, die hohe Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft des Wirtschaftsstandorts Deutschland weiter zu stärken.

Hier heißt es, mit den bewährten ordnungspolitischen Prinzipien voranzugehen und rot-grünen Plänen für mehr Steuern und eine stärkere Gängelung der Bürger eine klare Absage zu erteilen: Dies gilt etwa für die von Rot-Grün angedrohte Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die in allererster Linie kleine und mittlere Unternehmen trifft und somit das Fundament von Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland gefährdet. Auch mit der Ablehnung des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression im Bundesrat hat Rot-Grün sein wahres Gesicht gezeigt. Beziehen kleiner und mittlerer Einkommen entgehen dadurch Steuerentlastungen von rund sechs Milliarden Euro im Jahr. Mit solchen wahltaktischen Spielereien schadet Rot-Grün massiv dem Land und den Bürgern. Demgegenüber steht die christlich-liberale Koalition weiterhin für die verlässliche Doppelstrategie aus Konsolidieren und Wachstum, welche die Grundlage des fort-dauerenden wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes bildet.

50 Jahre Elysée-Vertrag

An diesem Mittwoch debattierte der Bundestag über die Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas. Hintergrund dafür ist der vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, abgeschlossene Elysée-Vertrag. Der von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle unterzeichnete Freundschaftsvertrag gilt als Basis der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Knapp eine Woche vor den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages haben Vertreter aller Fraktionen die Bedeutung des Abkommens für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und die Entwicklung der Europäischen Union gewürdigt. Das Vertragswerk sei eine „historische Leistung der deutsch-französischen Zusammenarbeit“, für den es „Grund zur Dankbarkeit“ gebe, lobte der CDU/CSU-Fraktionsvize und Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, Andreas Schockenhoff. Trotz vieler positiver Ergebnisse der deutsch-französischen Kooperation, bleibe noch viel zu tun, sagte Schockenhoff weiter und verwies unter anderem auf die Schuldenkrise in der Europäischen Union. Dabei stehe das deutsch-französische Paar vor einer besonderen Bewährungsprobe. In der nächsten Woche werden in einer gemeinsamen Sitzung Abgeordnete der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestags eine gemeinsame Erklärung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit verabschieden.

Regulierung der Finanzmärkte beschlossen

Mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen wurde an diesem Donnerstag der Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion für die Fortsetzung der „schärferen und effektiveren Regulierung der Finanzmärkte“ beschlossen, nachdem der Versuch der Opposition, eine Verweisung an die Ausschüsse zu erreichen, in einem Hammelsprung von der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, „bei ihren Anstrengungen zur Reform der Finanzmärkte nicht nachzulassen und weiterhin für das Ziel einzutreten, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht bleiben darf“. Beide Fraktionen bekennen sich zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Dabei müsse aber „Qualität vor Schnelligkeit“ gehen. Zu den weiteren Forderungen gehört die Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlags zur Sanierung und Abwicklungsplanung von Kredit-

instituten. „Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, frühzeitig Sanierungsmaßnahmen zu planen, und die Bankenaufsicht muss verpflichtet werden, Abwicklungspläne für das Scheitern von Sanierungsbemühungen bereitzuhalten“, schreiben CDU/CSU- und FDP-Fraktion. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lehnte einen von den Banken selbst zu speisenden Fonds, so wie von der Opposition beantragt, strikt ab, da die Institute bereits herangezogen worden seien: „Da werden Sie eine dramatische Kreditverknappung für die gesamte europäische Wirtschaft bekommen.“ Er erinnerte, dass die Krise ihren Ursprung in Amerika und bei Lehman Brothers habe. Daher würden nationale Regelungen nicht funktionieren und auch nicht die „uralten klassenkämpferischen Parolen, als seien nur die Banken an allen Problemen schuld“.

Finanzierung der Kleinkinderbetreuung gesichert

Nachdem der Bundesrat im Dezember aus parteitaktischen Gründen das Fiskalvertragsgesetz abgelehnt und dadurch verhindert hat, dass die vom Bund für den Krippenausbau zusätzlich zur Verfügung gestellten 580,5 Millionen Euro fließen können, entstand große Planungsunsicherheit bei den Kommunen, den Trägern vor Ort und natürlich auch bei den Eltern kleiner Kinder, die dringend auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind. Dieser Zustand wurde in dieser Woche beendet, indem die Koalition die Regelungen erneut auf den Weg gebracht hat. Union und FDP zeigen damit, dass die Kommunen bei der Finanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz nicht im Stich gelassen werden. „Das Politikversagen des Bundesrates auf dem Rücken der Familien akzeptieren wir nicht“, betonte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär. „Mit der Einbringung des Gesetzes sorgen wir dafür, dass die vom Bund zusätzlich bereitgestellten Mittel schnell verbaut werden können. Im Interesse aller Beteiligten fordern wir die Länder auf, den Ausbau nicht weiter zu verzögern und ihre taktischen Spiele zu beenden.“

Zitat:

„Da ich Protestant bin, habe ich auch ein bisschen Mitleid, und das macht's mir auch noch schwer, auf Sie einzugehen.“

(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag im Bundestag nach einer Rede von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zur Regulierung von Banken und Finanzmärkten)